

Inhalt

Einleitung	13
Kapitel I Die Aufrufe zum Ungehorsam	19
1. Überblick	19
2. Aufrufe zum Volkszählungsboykott	22
3. Aufrufe zu Versammlungen	28
3.1. Bannmeile	28
3.2. Sitzdemonstrationen	31
3.3. Betriebsbesetzungen	38
3.4. Demonstrationsverbote	44
4. Aufrufe gegen den Golfkrieg	46
Kapitel II Verfassungsrecht und Strafrecht	55
1. Strafrecht als Freiheitseingriff	57
2. Kritik an einer mangelnden Beachtung grundrechtlichen Einflusses in der Strafrechtspraxis	63
2.1. Verstellte Perspektive des strafrechtlichen Zurechnungspro- gramms	64
2.2. Trügerische Verfassungsmäßigkeitsvermutung für Strafnor- men	65
2.3. Überholter "Gesetz ist Gesetz"-Automatismus	68
2.4. Mängel im Verständnis verfassungskonformer Auslegungs- methodik	72
2.5. Defizite durch die Formulierung großflächiger Schutzzwecke als Rechtsgüter von Strafgesetzen	75
2.6. Vorschnelle Ablehnung einer ausnahmsweisen Rechtferti- gung strafbhandlungsbedingten Verhalten aus Grundrechten	77
3. Anforderungen an eine verfassungsgemäße Feststellung strafbaren Unrechts	78
Kapitel III § 111 StGB und das Grundrecht auf freie Meinungsäu- ßerung	81
1. Die Freiheitsgewährleistung des Art 5 II GG	82
2. "Aufrufe zum Ungehorsam" als Meinungsäußerung	84

2.1.	Versagung des Schutzbereichs wegen eines gesetzeswidrigen Inhalts der Äußerung?	85
2.2	Begrenzung des Grundrechts auf politische Äußerungen?	87
2.3.	Verstoß der Appelle gegen Sinn und Wesen des Art 5 GG, dem Schutz "freier, geistiger Auseinandersetzung"? – Parallelen zur BVerfG Rechtsprechung zum Boykottaufwurf –	88
3.	Modalitäten der Meinungsäußerung	93
4.	§ 111 StGB als verfassungsmäßige Begrenzung der Meinungsfreiheit	94
4.1.	Der Vorbehalt des "allgemeinen Gesetzes" (Art 5 II GG)	96
4.2.	Verhältnismäßigkeit und Güterabwägung	98
5.	"Aufrufe zum Ungehorsam" im Schutzbereich weiterer Grundrechte und Konkurrenzen	100
Kapitel IV Zum Rechtsgut des § 111 StGB		103
1.	Die Aufgabe des Rechtsgutbegriffs für ein verfassungsmäßiges Strafrecht	103
1.1	Verfassungsrechtlich orientierte Rechtsgutkonzeptionen	106
1.2.	Das Rechtsgut als Bezugspunkt effektiver Verhältnismäßigkeitsprüfung und Güterabwägung	110
2.	Der Meinungsstand zum Rechtsgut des § 111 StGB	118
2.1.	Die Auffassung des Gesetzgebers und die historische Entwicklung der Vorschrift	118
2.2.	Die Auffassung in der Rechtsprechung	122
2.3.	Die Ansichten in der Literatur	125
2.3.1.	Die These vom doppelten Rechtsgut	125
2.3.2.	Die These vom fehlenden eigenständigen Rechtsgut	128
3.	Rechtsgut des § 111 StGB nach einem materiellen Begriffsverständnis	129
3.1.	Ein "Innerer Gemeinschaftsfriede" als Rechtsgut des § 111 StGB?	131
3.2.	Die "Geltung der Strafrechtsordnung" als Rechtsgut des § 111 StGB?	141
3.3.	Das vom Bezugstatbestand geschützte Interesse als Rechtsgut des § 111 StGB	144
Kapitel V Verfassungsgemäße Konkretisierung des Tatbestands des § 111 StGB		147
1.	Konditionen verfassungsgemäßer Normkonkretisierung	147
2.	Die einzelnen Tatbestandsmerkmale des Aufrufs nach § 111 StGB ...	149

2.1.	Das Merkmal der Aufforderung	150
2.1.1.	Die Aufforderung als unmittelbar deliktsveranlassender Appell.....	150
2.1.2.	Notwendigkeit einer Kenntnisnahme des Appells durch mögliche Bezugstäter	154
2.1.3.	Appell gegenüber Tatentschlossenen	156
2.1.4.	Aufforderung in mittelbarer Täterschaft (Pressemitteilung)	157
2.1.5.	Mittel der Aufforderung und Aufforderung durch Unterlassen	159
2.2.	Formen der Aufforderung	160
2.2.1.	Öffentliche Aufforderung.....	160
2.2.2.	Aufforderung in einer Versammlung	162
2.2.3.	Aufforderung durch Verbreiten von Schriften	163
2.3.	Die rechtswidrige Bezugstat.....	166
2.3.1.	Art und Umstände der Bezugstat.....	167
2.3.2.	Anforderungen an die tatsächliche und rechtliche Bestimmtheit der Bezugstat.....	172
2.3.3.	Rechtswidrigkeit der Bezugstat	176
3.	Subjektiver Tatbestand	177

Kapitel VI Die Meinungsfreiheit – ein strafrechtlicher Rechtfertigungsgrund?	179
1. Zum Meinungsstand bezüglich einer Rechtfertigung strafatbestandlichen Verhaltens durch Grundrechte	181
2. Punktueller Grundrechtsvorrang als Rechtfertigungsgrund sui generis	191
2.1. Mißverständnisse der Diskussion um den sogenannten "zivilen Ungehorsam"	191
2.2. Der Sonderfall punktuellen Grundrechtsvorrangs	196
2.3. Die Verhandlungsstufe der Rechtswidrigkeit	202
2.4. Wider die These eines allein mittelbaren Grundrechtseinflusses im Strafrecht	209
2.5. Wider die These einer Kompetenzüberschreitung durch Staatsanwalt oder Strafrichter gegenüber Gesetzgeber oder Bundesverfassungsgericht	214
2.6. Wider die These unzureichender Bestimmtheit der Grundrechte	222
3. Am Beispiel: Aufrufe zur Fahnenflucht	229

3.1.	Die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte als strafrechtlich geschütztes Interesse	231
3.2.	Rechtfertigung durch Vorrang der Grundrechte aus Art 5 I GG in Verbindung mit Art 4 III, 2 II, 1 GG	235
Kapitel VII Der Aufruf zu Straftaten de lege ferenda		243
1.	Verfassungsoptimale Strafgesetzgebung	244
2.	Kritik am Regelungszustand de lege lata	250
2.1.	Geeignetheit.....	251
2.2.	Erforderlichkeit	252
2.3.	Proportionalität	255
2.4.	Systematische Stellung	259
3.	Novellierungsvorschlag: Streichung des § 111 StGB und Modifizierung der §§ 26 StGB, 830 Abs. 2 BGB	260
Zusammenfassung		263
Literaturverzeichnis.....		277